

Familien-Partei Deutschlands – Wahlprüfsteine

Mit Beitragszahlungen in die Rentenkassen ist der Generationenvertrag - ein bloßes Konstrukt nannte ihn der frühere Verfassungsrichter Prof. Paul Kirchhof - nur zur Hälfte erfüllt. Gegenüber Eltern, hier in ganz besonders hohem Maße gegenüber den Müttern betrieben beide Volksparteien seit Adenauer staatlich organisierten Sozialbetrug, das allerdings stets "gerechtfertigt" durch zustimmende Wählermehrheiten von anfangs bis 90 %, heute noch um 65 %.

Elterliche Erziehungsarbeit, überwiegend geleistet von Müttern, ist wie Erwerbsarbeit, etwa die der einer Erzieherin in Kindergärten, ..., zu bewerten und zu entlohnen. Die Familien-Partei hält heute ein steuer- und versicherungspflichtiges Erziehungsgehalt i.H.v. 1.800 € brutto für angemessen, das in den ersten 12 Jahren nach der Geburt schrittweise auf 0,- € reduziert wird.

Dieses über einen Beitrag von **allen** Einkommensbezieher zu finanzierende Erziehungsgehalt würde mit brutto rd. 80 Mrd. € etwa 4 % des Volkseinkommens (netto, d. h. nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen, etwa 50 - 60Mrd. €) keine die Privaten wie die Volkswirtschaft überfordernde Belastung darstellen. Es würde sogar zu sicher kalkulierbarer Nachfrage und damit zur Stabilisierung der Binnenwirtschaft beitragen.

Darüber hinaus würden eine Reihe bisheriger staatlicher Ausgaben entfallen, so z. B. die Krippenkosten, Hilfen für allein erziehende Mütter, ...

Nicht zu unterschätzen ist die Wirkung, die der Gewinn der Eltern und auch hier wieder ganz besonders der Mütter an Sicherheit auslöst. Denn heute versagen viele Eltern unterer Schichten bei der Erziehung ihrer Kinder, weil ökonomischer Druck resignieren lässt. Das ist besonders fatal, weil sich hiermit sog. Unterschichtbildung von Generation zu Generation nicht nur überträgt, sondern vervielfacht.

Durch ein Erziehungsgehalt könnte die/der Erziehende frei entscheiden, das Kind in den ersten 3 Lebensjahren voll und später halbtags selbst zu erziehen oder es in eine Fremdbetreuung durch eine Tagesmutter, Kinderkrippe und später Ganztagskindergarten zu geben. Eltern hätten dadurch eine echte Wahlfreiheit, da durch die Selbstbetreuung zuhause keine finanziellen Nachteile entstehen.

Die Familien-Partei spricht sich deshalb für eine Gleichberechtigungspolitik aus bei der die Erziehungsarbeit der Eltern zuhause anerkannt und honoriert wird vergleichbar der Erwerbsarbeit einer Erzieherin (Krippe, Kindergarten o. ä.)